



Postulat Sägesser Saima (SP), Niklaus Renate (glp), Grossenbacher Corinna (SVP) und Mitunterzeichnende vom 25. November 2019: Gewährung der Sicherheit in der Ausgehzone im Stadtzentrum; Stellungnahme und Antrag auf Abschreibung

Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin
Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte

1. Text des Postulats

"Gewährung der Sicherheit in der Ausgehzone im Stadtzentrum

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, ob und welche Massnahmen zu ergreifen sind, um die Sicherheit im Stadtzentrum zu gewährleisten.

Begründung: Seit etwa zwei Jahren ist zu beobachten, dass der Wuhrplatz als Begegnungsraum für vor allem Jugendliche nicht mehr ausreicht. Sie nutzen auch die Begegnungszone vor dem Chrämerhuus und Chicorée, die angrenzende Marktgasse und weitere Orte im Stadtkern, um sich in Gruppen zu treffen und bis spät in die Nacht laut Musik zu hören und zu trinken. Es handelt sich dabei vorwiegend um jugendliche Männer und Frauen.

*Dabei ist ein Anstieg von Gewaltbereitschaft untereinander aber auch gegenüber Passant*innen, Barbesucher*innen, Barbetreiber*innen, Kulturbetreiber*innen, Anwohner*innen und auch Sachbeschädigung festzustellen.*

*Dies alles geschieht vor allem an Wochenenden und während Ferienzeiten nachts im Zeitraum ab 22 Uhr bis die Bars schliessen. Passant*innen sind auf dem Nachhauseweg wiederum mit Belästigungen und stark angetrunkenen Gruppen konfrontiert.*

Der Gemeinderat soll sich der Situation, die mehr und mehr zu eskalieren droht, annehmen. Es gilt zu prüfen, ob die zur Verfügung stehenden Personalressourcen von Polizei, Jugendarbeit und SIP noch ausreichen, um Gewalt gegenüber Menschen und Sachen einzudämmen, präventiv vorzubeugen und Zivilcourage zu lehren oder ob zusätzliche Massnahmen nötig sind."

Saima Sägesser, Renate Niklaus, Corinna Grossenbacher und Mitunterzeichnende

2. Stellungnahme der Verwaltung (Amt für öffentliche Sicherheit)

Das Postulat beschreibt Wahrnehmungen und Sicherheitsempfindungen aktuell aus dem Jahr 2019, welche auch dem zuständigen Amt für öffentliche Sicherheit bekannt und selbstverständlich nachvollziehbar sind. Langenthal präsentiert sich als Stadt mit hoher Lebensqualität und vielen attraktiven Standorten im Stadtzentrum, welche viele Menschen ermuntern, dort zu verweilen. Dazu beigetragen hat sicherlich auch der Umbau der Marktgasse, welche heute viel einladender wirkt als früher. Der gegenseitige Respekt im öffentlichen Raum wird zwar vorausgesetzt, viele gesellschaftliche Faktoren tragen aber leider dazu bei, dass dies nicht immer der Fall ist.

Die Stadt hat, handelnd durch das zuständige Amt für öffentliche Sicherheit, bereits folgende Instrumente, um die Sicherheit im öffentlichen Raum zu steuern, Missständen entgegen zu wirken und präventiv zu wirken:

- Wöchentlich: Gemeinsamer Rapport des Amtes für öffentliche Sicherheit mit der Kantonspolizei Bern und den Verantwortlichen von "SIP" (Sicherheit Intervention Prävention). Wochenrückblick, Ausblick auf das Wochenende mit der Bekanntgabe der Veranstaltungen in Langenthal, speziell im Ortskern. Hier erfolgt eine gezielte Absprache unter den Sicherheitspartnern.
- Quartalsweise Festlegung von "Brennpunkten in Langenthal" aufgrund des Ressourcenvertrags mit der Kantonspolizei Bern. Dazu gehören auch mögliche Schwerpunktverschiebungen innerhalb des Quartals, wie dies im Spätherbst 2019 aufgrund der Rückmeldungen seitens Behörden, Bürgerinnen und Bürger sowie Beobachtungen vor Ort, erfolgt sind. Konkret wurde die Polizeipräsenz mehrmals vor Ort im Bereich untere Marktgasse erweitert. Bei auffallenden Gruppen wurde das Ziel definiert, anstiftende Person zu kontrollieren und falls nötig weitere Massnahmen direkt vor Ort zu treffen.



- Jugendarbeit und SIP: Die SIP-Patrouillen, welche am Wochenende am Abend/Nacht ihre Patrouillentätigkeit ausüben und an den verschiedenen "Brennpunkten" im Stadtgebiet unterwegs sind, beobachten, intervenieren und sind mit der Kantonspolizei Bern (An- und Abmeldung der Patrouillentätigkeit bei der REZ der Kantonspolizei Bern) im mündlichen oder telefonischen Austausch und ersuchen falls nötig um Hilfeleistung. Hier wurden auf Anordnung des Amtes für öffentliche Sicherheit ab Spätherbst 2019 die Zeiten der Patrouillentätigkeit von 20.45 Uhr bis **neu** 03.30 Uhr erweitert. Damit soll speziell die Zeit ab 22.00 Uhr abgedeckt und den dann bekannten Problemen begegnet werden, wie sie auch im Postulat erwähnt werden.

Ferner wurde für den Zeitraum März/April 2020 vereinbart, dass sich der Steuerungsausschuss SIP unter der Leitung des Amtes für öffentliche Sicherheit trifft. Ziel ist es, sich auf die neue Saison mit wärmerem Wetter, längeren Tagen und angenehmeren Temperaturen, welche zum Verweilen im öffentlichen Raum einladen, vorzubereiten und einen koordinierten Aktionsplan zu verabschieden. Verschiedene Institutionen, welche den öffentlichen Raum bewirtschaften, gehören dem Steuerungsausschuss SIP an.

Fazit

Das postulierte Anliegen ist bekannt und entsprechende Massnahmen mit den Sicherheitspartnern sind bereits eingeleitet. Für die Zeit ab 2020 wird zusätzlich ein koordinierter Aktionsplan im Steuerungsausschuss SIP sorgfältig vorbereitet.

3. Beratung des Gemeinderates

In der Beratung am 19. Februar 2020 wird festgestellt, dass, wie der Stellungnahme des zuständigen Amtes entnommen werden kann, das Problem bekannt und erkannt ist, und dass entsprechende Gegenmassnahmen bereits eingeleitet wurden. Zudem wird in Kürze ein koordinierter Aktionsplan ausgearbeitet. Insofern, so stellt der Gemeinderat fest, wird das im Postulat formulierte Anliegen bereits bearbeitet. Einer Erheblicherklärung steht nach Ansicht des Gemeinderates nichts entgegen. Da das Thema bereits bearbeitet wird, und eine Erheblicherklärung einzig einen (weiteren) Prüfbericht des Gemeinderates in der gleichen Sache auslösen wird, ist der Gemeinderat der Ansicht, dass mit der Erheblicherklärung gleichzeitig eine Abschreibung beantragt werden soll.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragen wir Ihnen Zustimmung zu folgendem

Beschlussesentwurf:

I. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 56 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 sowie nach Kenntnisnahme der schriftlichen Stellungnahme des Gemeinderates vom 19. Februar 2020,

beschliesst:

1. **Das Postulat Sägesser Saima (SP), Niklaus Renate (glp), Grossenbacher Corinna (SVP) und Mitunterzeichnende vom 25. November 2019:** Gewährung der Sicherheit in der Ausgehzone im Stadtzentrum wird erheblich erklärt.
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

II. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 sowie nach Kenntnisnahme der schriftlichen Stellungnahme des Gemeinderates vom 19. Februar 2020,

beschliesst:

1. **Das Postulat Sägesser Saima (SP), Niklaus Renate (glp), Grossenbacher Corinna (SVP) und Mitunterzeichnende vom 25. November 2019:** Gewährung der Sicherheit in der Ausgehzone im Stadtzentrum wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.
2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Berichterstattung: keine (schriftliche Beantwortung)



Gemeinderat

Bericht und Antrag für die Stadtratssitzung vom 11. Mai 2020

Traktandum Nr. 10

Langenthal, 19. Februar 2020

IM NAMEN DES GEMEINDERATES

Der Stadtpräsident:

Reto Müller

Der Stadtschreiber:

Daniel Steiner